

Sehr geehrte Frau Malzahn,

vielen Dank für die Übersendung Ihrer Fragen. Die Fragen habe ich beantwortet und unten in Ihre E-Mail in roter Schrift eingefügt. Gerne stehe ich Ihnen auch für Rückfragen und ein persönliches Gespräch zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Aufenanger

Mit Herz und Verstand für Kassel und Land



Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

1. Deutschland gehört zu den fünf größten Rüstungsexporturen der Welt. Die Bundesregierung genehmigte milliardenschwere Waffenlieferungen, die u.a. in Staaten gingen die Kriege führten, Menschenrechte verletzten oder in Krisengebieten lagen. Beispielsweise erhielten im Jemen kriegsführende Staaten Rüstungsgüter aus Deutschland, obwohl das im Koalitionsvertrag untersagt wurde.

- Werden Sie sich für ein restriktives Rüstungskontrollgesetz einsetzen, das Rüstungsexporte aus Deutschland generell verbietet?
- Wenn Rüstungskonzerne ihre Produktion durch technische Unterstützung im Ausland, Lizenzvergabe oder Unternehmensbeteiligungen an ausländischen Firmen internationalisieren, werden deutsche Regularien umgangen. Was tun Sie dagegen?
- Wird sich Ihre Partei auf europäischer Ebene für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen?

Ein generelles Rüstungsverbot halte ich nicht für zielführend. Ich bin aber der Auffassung, dass Rüstungsexporte in Krisengebiete, wo Menschenrechte verletzt werden, verhindert werden müssen. In einer globalisierten Welt auf andere Staaten und Ihre Rüstungsexporte direkten Einfluss zu

nehmen, ist nicht möglich. Ich möchte mich in Europa dafür einsetzen, möglichst einheitliche Rüstungsexportregularien zu entwickeln, die der o.a. Problematik Rechnung trägt

2. Im Januar 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland spricht sich dafür aus, dass die Bundesregierung den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnet. (Meinungsumfrage Kantar (1))

Dies würde bedeuten, dass alle US-amerikanischen Atombomben aus Deutschland abgezogen werden müssten.

- Wird sich Ihre Partei für die Unterzeichnung und Ratifizierung des Atomwaffenverbotsvertrages einsetzen?
- Ist der Abzug der in Büchel stationierten US-Atomwaffen, wie vom Bundestag im Jahr 2010 beschlossen, für Ihre Partei ein erstrebenswertes Ziel?
- Werden Sie sich dafür einsetzen, dass keine neuen Atomwaffen-Trägerflugzeuge für die Bundeswehr beschafft werden?

Ich möchte eine Welt, in der nukleare Waffen als Abschreckung nicht mehr nötig sind. Solange es jedoch Staaten mit Atomwaffen gibt, die sich gegen unsere Werte und unser demokratisches System stellen, braucht Europa weiterhin den nuklearen Schutzschirm der USA. Wir setzen daher auf eine Überwindung der aggressiven Außenpolitik von autoritären Staaten. Hierbei sind Verhandlungen, die zu nachweisbaren Abrüstung aller beteiligter Staaten im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages führen, wegweisender als einseitige Abrüstungsschritte der demokratisch regierten Länder im Rahmen des Atomwaffenverbotsvertrags. Wir drängen daher auf mehr Dynamik in der multilateralen Rüstungskontrolle und Abrüstung und unterstützen neue Initiativen, die zu mehr Sicherheit beitragen. Solange die Situation auf der Welt so ist und unsere Sicherheit durch die nukleare Teilhabe gesichert wird, müssen wir auch unsere Trägersystem auf einem aktuellen Stand halten. Von daher werde ich die Anschaffung der Trägerflugzeuge unterstützen.

3. Die Bundeswehr befindet sich mit über. 3000 Soldaten und Soldatinnen in etlichen Auslandseinsätzen. (2)

Politik mit militärischen Mitteln bringt keine dauerhaften friedlichen und demokratischen Lösungen und keine Lebensperspektiven. Das Gegenteil ist der Fall.

Am Beispiel Afghanistan zeigt sich das deutlich: 2,6 Millionen Afghaninnen und Afghanen flohen ins Ausland, 1,2 Mio. Menschen sind innerhalb Afghanistans auf der Flucht. Die Zahl ziviler Opfer wird auf mehrere Hunderttausend geschätzt. Das vermeintliche Ziel wurde verfehlt: Die Gegner der afghanischen Regierung und der NATO, die Taliban, wurden nicht schwächer sondern stärker.

- Was wird Ihre Partei tun, um von der Politik der militärischen Interventionen und Kampfeinsätzen abzurücken?
- Was tut Ihre Partei, um das übergeordnete Gewaltverbot der UN in Art. 2 Nr. 4 der Charta der Vereinten Nationen, das allen Mitgliedsstaaten die Anwendung militärischer Gewalt verbietet, durchzusetzen?
- Was möchte Ihre Partei konkret gegen Kriegsursachen, wie Armut, Klimawandel und Ausbeutungsverhältnisse, tun?
- Welche zivilen Krisenpräventionsmaßnahmen sieht ihre Partei im Falle von Konflikten vor?

Deutschland ist traditionell bei militärischen Interventionen und Kampfeinsätzen sehr zurückhaltend und dringt auch immer wieder darauf militärische Gewalt anderer Staaten zu unterbinden. Dies müssen wir weiter tun und im internationalen Verbund agieren. Im Rahmen der Entwicklungshilfe versuchen wir seit vielen Jahren die Ursachen für Armut, Klimawandel und gg. Ausbeutungsverhältnisse zu bekämpfen. Das gelingt nicht immer gut, da es vielmals vor Ort in den Ländern bekämpft wird oder die Ressourcen vor Ort Zweckentfremdet werden. Hier müssen wir unsere Anstrengungen erhöhen und Maßnahmen zielgerichteter einsetzen. Deshalb ist unser Ziel, den Wert von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) in öffentliche Entwicklungszusammenarbeit und eine nachhaltige Entwicklungspartnerschaft mit Afrika zu investieren. Damit wollen wir die Rückschritte in der Entwicklung dort wieder umkehren. Bei internationalen Konflikten hilft immer nur Reden, Verhandeln, Vermitteln und ggf. wirtschaftliche Instrumente von Belohnung aber auch Bestrafung in Form von Embargos zu nutzen und auf eine friedliche Lösung hinzuarbeiten.

4. Die Militärausgaben für die Bundesrepublik Deutschland betragen im vergangenen Jahr 51,5 Mrd. Euro (3), obwohl die NATO 15 mal mehr für Aufrüstung ausgibt als Russland und das Geld dringend für andere Investitionen benötigt würde.

- Hält Ihre Partei am 2% Ziel des BIP für Militärausgaben fest, was zukünftig eine annähernde Verdoppelung des Rüstungsetats bedeuten würde? (4)

CDU und CSU stehen zu den Zusagen im Rahmen der NATO und der EU, den Verteidigungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts weiter zu erhöhen, denn der Schutz von Frieden und Freiheit ist die vornehmste Aufgabe des Staates. Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes müssen sich auf eine glaubwürdige Sicherheitsvorsorge verlassen können. Wer wie unsere Soldatinnen und Soldaten Verantwortung in schwierigen Einsätzen übernimmt, hat Anspruch auf die beste Ausrüstung. Wir werden allen unseren militärischen Verpflichtungen nachkommen und die Vollausrüstung der Bundeswehr erreichen.

5. Die Weltkriegsgefahr ist gestiegen. Seit Ende des Kalten Krieges war die Gefahr, dass Atomwaffen wieder zum Einsatz kommen könnten nie so hoch wie heute.

- Was will Ihre Partei tun, um Spannungen mit Russland, China und dem Iran zu entschärfen?
- Was hält Ihre Partei von einem Austritt aus der NATO?

Wie unter Frage 4 schon beantwortet steht die CDU und auch ich persönlich zur NATO. Den Austritt lehne ich von daher ab. Deutschland versucht im Rahmen seiner Möglichkeiten immer zur Entspannung auf der Welt einzutreten. Dies müssen wir weiter verstärken. Uns muss aber auch bewusst sein, dass unsere Möglichkeiten hier beschränkt sind. Gerade Russland und China agieren immer wieder sehr aggressiv, um Ihren Machtbereich auszubauen. Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir für eine freie Welt. Diesen Gedanken müssen wir immer wieder transportieren.

6. Die Diskussion über die Bewaffnung von Drohnen ist nach wie vor nicht abgeschlossen, das betrifft sowohl die israelische HERON TP als Übergangslösung, als auch 21 sogenannte Eurodrohnen, die nach der Heron TP angeschafft werden sollen.

- Ist Ihre Partei für die Bewaffnung von Drohnen?
- Was tun Sie um die Bewaffnung zu verhindern?

Ich bin für die Bewaffnung der Bundeswehr mit Drohnen, da dies dem Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten dient. Natürlich muss der Einsatz mit klaren Ethikregeln hinterlegt werden.

7. Neue Waffensysteme wie das FCAS (Future Combat Air System oder „System der Systeme“) dürfen nach Meinung der Friedensbewegung nicht entwickelt werden. Es handelt sich hierbei um Tarnkappenbomber, die atomar bestückt werden können und von autonom agierenden, bewaffneten Drohnenschwärmen begleitet werden sollen.

- Was tut Ihre Partei, um derartige Projekte zu verhindern?

Solange in anderen Ländern entsprechende Entwicklungen stattfinden und wir in einer Welt mit totalitären und machthungrigen Staaten leben, können wir uns einer solchen Entwicklung leider nicht verschließen.

8. Militär gehört zu den größten Klimakillern.

- Hat Ihre Partei hierfür eine Lösung?

Eine Lösung im Allgemeinen haben wir dafür sicherlich nicht. Ich denke aber, dass man die Möglichkeiten, die der heutige Technologiestand bietet, auch nutzen muss. Durch entsprechendes Verhalten und durch Modernisierung der Technik und der Liegenschaften.